

Bürgermeister Steffen Mues

**Verwaltungsvorlage Nr. 672/2021**  
**"Einbringung des Stellenplanes 2022 der Stadtverwaltung Siegen"**  
**Stellungnahme des Personalrates**

Die oben genannte Verwaltungsvorlage hat der Personalrat am 30.11.2021 als finale Fassung dem Ratsinformationssystem entnommen.

Der Personalrat behält sich eine ergänzende Stellungnahme vor, sofern dies durch aktuelle Ereignisse notwendig wird.

Zu der oben genannten Verwaltungsvorlage nimmt der Personalrat wie folgt Stellung:

**Allgemeines**

Der Personalrat nimmt den Stellenplanentwurf 2022 zur Kenntnis und trägt diesen im Wesentlichen mit.

Besonderheiten aus Sicht des Personalrates zu der Verwaltungsvorlage mit den Anlagen I bis V werden im Folgenden angemerkt.

**Vorbemerkung (Ziffer 1.2 der Verwaltungsvorlage)**

Der Personalrat kann grundsätzlich den Ausführungen der Verwaltung folgen.

**Ausbildungsstellenplan (Ziffer 3 der Verwaltungsvorlage)**

Die Abweichungen vom mittelfristigen Ausbildungsstellenplan hält der Personalrat aufgrund von Fluktuationen für unabweisbar. Um die Personalgewinnung und -bindung zu intensivieren, ist der Personalrat weiterhin der Meinung, allen Auszubildenden einen unbefristeten Arbeitsvertrag anzubieten, sofern es keine in der Person liegende Gründe gegen eine Übernahme gibt.



Dazu könnten, wie letztes Jahr schon vorgeschlagen, die sogenannten „Verfügerstellen“ im Stellenplan ausgeweitet werden. Dies würde die Stadtverwaltung Siegen als attraktiven Arbeitgeber nochmals deutlich herausheben und könnte einen Beitrag leisten, das personalwirtschaftliche Defizit zu reduzieren.

### **Einsparstellen (Anlage I der Verwaltungsvorlage)**

Die von der Verwaltung dargelegte Begründung zu den ausgewiesenen Einsparstellen (Anlage I) ist für den Personalrat nachvollziehbar und wird vom Personalrat in dieser Form grundsätzlich mitgetragen.

Der Personalrat unterstützt die Aussage der Verwaltung, dass Einsparpotential ohne Kompensation an anderer Stelle nicht mehr möglich ist.

### **Mehrstellen (Anlage II der Verwaltungsvorlage)**

Die in der Verwaltungsvorlage (Anlage II) aufgezeigten Mehrstellen sind für den Personalrat nachvollziehbar, soweit es um die aufgeführten Stellen geht. Aus diesem Grund befürwortet der Personalrat, alle beantragten Mehrstellen zu beschließen. Darüber hinaus sieht der Personalrat jedoch noch einen höheren als den angezeigten Bedarf an Mehrstellen, insbesondere in den Bereichen, in welchen es aufgrund von Vorgaben von Bund und Land zu Aufgabenzuwächsen gekommen ist bzw. kommen wird. Auch erfolgen aktuell bzw. in Kürze noch umfangreiche Organisationsuntersuchungen, deren Ergebnisse natürlich noch nicht feststehen. Allerdings wird man sich bereits heute darauf einstellen müssen, dass in absehbarer (planbarer) Zeit weiteres Personal benötigt werden wird.

Der Personalrat weist aus gegebenem Anlass darauf hin, dass aus seiner Sicht, bei insgesamt 10 Mehrstellen (8 Außendienstmitarbeiter/2 Innendienstmitarbeiter) in der Arbeitsgruppe „Gewerbe und Verkehrsüberwachung“ keine geeigneten Sozialräume zur Verfügung stehen. Der Personalrat behält sich eine fachliche Überprüfung vor.

### **N. N.-Stellen (Anlage III der Verwaltungsvorlage)**

Von den N.N.-Stellen sind seit Redaktionsschluss bereits einige besetzt worden, andere Besetzungen werden in absehbarer Zeit erfolgen.

Viele der externen Einstellungen erfolgen aufgrund der tariflichen Kündigungsfristen mit (teilweise sehr) großem Zeitversatz zur Stellenausschreibung. Dort bestehen für die Personalwirtschaft nur selten Verhandlungsspielräume bzw. Gestaltungsmöglichkeiten (im Gegensatz zu internen Umsetzungen).

Der Personalrat möchte darauf hinweisen, dass sich aus seiner Sicht die Besetzung von freien bzw. freiwerdenden Stellen - soweit beeinflussbar und für planmäßige Abgänge - verbessert hat, wenngleich jedoch noch Verbesserungspotential gesehen wird.



## **Stellenumwandlungen (Anlage IV der Verwaltungsvorlage)**

Die in Anlage IV aufgeführten Stellenumwandlungen sind zum Teil redaktioneller Art wie in der Vorlage beschrieben und mit verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen begründet (z. B. wenn eine Person aktuell auf der Stelle verbeamtet ist und der/die Vorgänger/in tarifbeschäftigt war oder umgekehrt). Viele der Stellenanpassungen begründen sich durch neue Bewertungen nach entsprechender Überprüfung.

## **Arbeitsüberlastungen/ Aufhebung von Kappungsgrenzen/ Anordnungen von Überstunden**

Im Zusammenhang mit der Problematik unbesetzter Stellen sowie gestiegener qualitativer bzw. quantitativer Arbeitsleistung sind dem Personalrat Bereiche bekannt, die keine formellen Arbeitsüberlastungen angezeigt haben, sich jedoch in einem vergleichbaren Zustand befinden.

Diese Arbeitsüberlastungen resultieren unter anderem aus

- krankheitsbedingten Ausfällen und damit einhergehenden Krankheitsvertretungen,
- teilweise langen und/ oder mehreren Stellenvakanzen in einem Bereich,
- überhöhtem Arbeitsaufkommen aus unterschiedlichsten Gründen (z. B. steigende Fallzahlen, Softwareumstellungen/Digitalisierung, Gesetzes-/ Vorgabenänderungen, ...),

wobei es durchaus Bereiche gibt, in denen gleich mehrere der vorgenannten Ursachen gleichzeitig vorliegen.

Der Personalrat vertritt nach wie vor die Auffassung, dass in vielen Bereichen der Stadtverwaltung und im manuellen Bereich die Personalbedarfsbemessung nicht mehr stimmt und es zu den aufgeführten Überlastungen kommt und künftig auch kommen wird. Dabei reden wir hier nicht nur von Arbeitsverdichtungen, die seit Jahren festzustellen sind, sondern auch von erheblichen Überlastungen, welche massive negative gesundheitliche Folgen nach sich ziehen.

Mittlerweile sind nicht nur sogenannte „Aufhebungen der Kappungsgrenze“ (= mehr als 50 Überstunden) sondern auch Anordnungen von Überstunden keine Seltenheit mehr. Samstagsarbeit wird ebenfalls immer häufiger angeordnet, teilweise sogar von Teams gewünscht, um riesige Rückstände zumindest anteilig abarbeiten zu können bzw. um das Tagesgeschäft noch „am Laufen“ halten zu können.

Der Personalrat weist zum wiederholten Mal darauf hin, dass mit schmerzhaften Einschnitten bei Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger zu rechnen ist, wenn insbesondere den von Arbeitsüberlastungen betroffenen Bereichen nicht ausreichendes und qualifiziertes Personal unbefristet zur Verfügung gestellt wird.



## Weitergabe

Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, um Weitergabe dieser Stellungnahme an die entsprechenden politischen Gremien.

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping loops and a long horizontal stroke at the end.